



Pressemitteilung

Ansbach, 30.01.2014

Bürgerwindkraft in Ansbach vor dem Aus: "No-Go-Area" für die Energiewende

"Kontrollzone" um den Heliport Katterbach macht jahrelangen Verwaltungsaufwand zunichte

Offene Linke: Bemühungen für Verkeinerung des Vorbehaltsbereichs jetzt einleiten

Vor drei Jahren im Flächennutzungsplan genehmigt, jetzt auch das Aus für die Windkraft bei Strüth. Dafür genügte der plötzliche Einspruch des Wehrbereichskommandos Süd auf Geheiß des US-Militärs in Katterbach: Dem Gelingen der Energiewende in Ansbach in Form von leistungsfähigen Bürgerwindkraftanlagen stünden angebliche Erfordernisse der "Landesverteidigung der Bundesrepublik Deutschland" im Wege.

Damit ist eine weitere Chance einer dezentralen, sauberen Energieversorgung der Zukunft für Ansbach als Alternative zum Leitungsbau quer durch die Republik-zumindest vorerst- perdu. Mit eingeschlossen: Unzählige Arbeitsstunden der Stadtverwaltung und der Stadtwerke. Vom 2010 ambitioniert gestarteten Projekt, unsere Stadt weitgehend energieautark weiter zu entwickeln, ist 2014 so gut wie nichts übrig geblieben.

Erschreckend ist dabei nicht nur das Verhalten deutscher Behörden, von der Wehrbereichsverwaltung über das Luftwaffenamt in Köln bis hin zum Flugamt Nordbayern, die sich offenbar lediglich als "Briefträger" von Wünschen der US-Armee verstehen: Denn eine Abwägung von öffentlichen und militärischen Interessen findet laut einer Antwort auf eine Anfrage der Offenen Linken beim Flugamt nur bedingt statt. Vielmehr ist es ein weiterer Abgesang einer eigenständigen Ansbacher Stadtplanung, wenn Jahre nach Einleitung der Planungen kurz vor Beginn des Baus von Bürgerwindkraftanlagen die US-Armee Einsprüche erheben kann, die sämtliche Genehmigungsprozesse von heute auf morgen aushebeln

Aus den der Offenen Linken vorliegenden Flugkarten der US-Armee (eig. Nachzeichnung: http://www.offene-linke-ansbach.de/AFB/katterbach_an_abflug.jpg; das blaue Rechteck markiert die "Kontrollzone") ist ersichtlich, dass die Windkraftfläche Strüth zudem nicht einmal von Sichtflug-Routen der Kampfhubschrauber tangiert wird. Der Verhinderungsgrund ist ihre Lage innerhalb der sog. "Kontrollzone" um den Heliport Katterbach, die von Lehrberg im Nordwesten bis Neuendettelsau im Südosten, von Hohenberg (Herrieden) im Südwesten bis Markttriebendorf (Heilsbronn) im Nordosten reicht. Innerhalb dieser "Kontrollzone" besitzen die Flugplatzbetreiber weitgehende Vorbehaltsrechte. Bei Beibehaltung des derzeitigen Verwaltungsgebahrens werden innerhalb der Zone bis zum Abzug der Kampfhubschrauber keine Windenergiestandorte realisiert werden können, wie etwa das Versagen der Windkraftflächen in der Marktgemeinde Lichtenau 2013 zeigt.

Die Offene Linke steht für die dezentrale Versorgung Ansbachs mit regenerativer Energie. Bürgerwindkraft vor Ort ist ein Gegenmodell zum drohenden großen Strom-Trassenbau von der Nordsee nach Franken, das überdies in Form von Gewerbesteuererinnahmen der Stadt zugute kommt.

Das US-Militär ist infolge seiner Kriegsübungen ohnehin bereits Klimakiller Nummer Eins in unserer Region. Nun ist klar: Es blockiert aktiv die saubere Energieerzeugung vor unserer Haustüre. Wir sehen uns bestärkt in unserer Position: Der Abzug der US-Kampfhubschrauber eröffnet unserer Stadt viele Chancen, nicht zuletzt mit Blick auf das Entstehen von Bürgerwindkraft.

Um die im Flächennutzungsplan ausgewiesenen Standorte zu sichern, schlägt die Offenen Linke als ersten Schritt eine deutliche Verkleinerung der "Kontrollzone" um Katterbach vor: So könnte Windkraft in Strüth und Lichtenau Realität werden. Stadt und Landkreis Ansbach sollten daher gemeinsam beim Bundesverteidigungsministerium die Beschneidung der riesigen räumlichen Ausmaße der regenerativen "No-Go-Area" beantragen.

gez. Boris-André Meyer, Stadtrat